

nein!

## Zweimal nein zu zwei trügerischen Motionen!

**Man muss genau hinsehen, um die negativen Auswirkungen von zwei Vorstössen im Bildungsbereich zu erkennen.**

**N**ie zuvor haben Motionen zu einem Bildungsthema bereits im Vorfeld so viele Emotionen ausgelöst, wie zwei Vorstösse, die der Grosse Rat in der Sommersession beraten wird. Die Motion «Gleichberechtigung für Lehrkräfte» klingt ganz sympathisch. Und «Einführung von Mindestpensen bei Lehrkräften» tönt erst einmal auch nicht falsch. Bei einer Annahme würden diese Motionen aber zu Mehrkosten und sogar einer Verschärfung des Lehrpersonenmangels führen!

### **Motion «Gleichberechtigung für Lehrkräfte»**

Die nett klingende Forderung will eine Harmonisierung der Lektionenzahl vom Kindergarten bis Sek 2, schlägt ein Pflichtpensum von 27 Lektionen vor und fordert, dass die Harmonisierung mindestens (!) kostenneutral umzusetzen sei. Bei Annahme müsste auf Ebene Gymnasien und Berufsschulen die Lektionenzahl von heute 23 auf 27 erhöht werden.

Die MotionärInnen missachten mit ihrer Forderung den gegenüber der Volksschule viel höheren Vorbereitungsaufwand für den Unterricht an den Gymnasien und Berufsfachschulen sowie den umfangreichen Aufwand für Vorbereitung und Korrekturen von Prüfungsarbeiten. Erhöht sich das Pensum einer LehrerIn um vier Lektionen, verteilen sich die Lektionen auf weniger Personen – was in der Konsequenz zur Aufhebung von 80 Vollzeitstellen an den Gymnasien und 56 Vollzeitstellen an den Berufsfachschulen führen würde! Dies vor dem Hintergrund, dass der Kanton Bern auf dieser Stufe die höchste Lektionenzahl aufweist, wie der interkantonale Vergleich von 2017 belegt. Mit Annahme dieser Motion würde ihre Arbeitszeit weiter ansteigen.

Auf Stufe Volksschule würde die Motion mit einer Lektion weniger zwar etwas Entlastung für die Lehrpersonen bedeuten, aber dazu führen, dass 300 Vollzeitstellen geschaffen werden müssten! Im aktuellen gravierenden LehrerInnen-Mangel ein Ding der Unmöglichkeit. Kommt dazu, dass diese zusätzlichen Stellen jährlich wiederkehrende Mehrkosten von acht Millionen Franken für den Kanton und 13 Millionen für die Gemeinden zur Folge hätten.

### **Motion «Einführung von Mindestpensen bei Lehrkräften»**

Die Motion verlangt ein Mindestpensum von 35 Prozent auf allen Stufen, also Volksschule, Sekundarstufe I und II. In Lektionen würde dies für Kindergarten, Primarstufe und Sekundarstufe I ein Pensum von mindestens zehn Lektionen, auf Sekundarstufe II ein Pensum von mindestens neun Lektionen bedeuten. Ausnahmeregelungen sollen zulässig sein.

Aktuell sieht der Kanton kein Mindestpensum vor. Die Verteilung der Pensen liegt in der Kompetenz und der Verantwortung der Schulleitungen. Ein Mindestpensum von 35 Prozent würde an Berufsfachschulen dazu führen, dass Lehrpersonen, die noch in ihrem angestammten handwerklichen Beruf arbeiten, nicht mehr unterrichten könnten, weil das Pensum an der Berufsfachschule zu gross würde. Ein wichtiger Pfeiler des dualen Bildungssystems würde wegfallen! Eine Begrenzung mit einer relativ hohen Mindestanstellung würde auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen erschweren, noch mehr Berufsaussteigerinnen wäre die Folge. Das Festlegen eines Mindestpensums von 35 Prozent würde den LehrerInnen-Mangel mehr verschärfen als entlasten. Schwieriger würde wahrscheinlich auch die Rekrutierung von Lehrpersonen in Gemeinden des ländlichen Raums, der vielen (jüngeren) Lehrpersonen nicht attraktiv erscheint.

### **Gemeinsames Lobbying**

Unmittelbar nach Bekanntwerden der beiden Motionen wurden der VPOD und Bildung Bern von beunruhigten Mitgliedern aufgefordert, Stellung dagegen zu beziehen. Auf Initiative des VPOD wurde eine gemeinsame Lobbyarbeit gestartet, in die wir auch den Bernischen Staatspersonalverband BSPV und das Syndicat des Enseignantes et Enseignants francophones Bernois SEfB mit einbezogen: mit einem Schreiben mit ausführlichem Argumentarium an alle Mitglieder des Grossen Rats und persönlichen Gesprächen hoffen wir, ein Nein zu beiden Vorstössen zu erwirken.

Erziehungsdirektionen und die Schulleitungen lehnen die Vorstösse ebenfalls ab. Leider findet die Debatte erst nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe der Bildungspolitik statt. Infos über die Abstimmung findet ihr unter [https://www.gr.be.ch/gr/de/index/sessionen/sessionen-2019/sommersession\\_2019.html](https://www.gr.be.ch/gr/de/index/sessionen/sessionen-2019/sommersession_2019.html) ■

Text: **Béatrice Stucki**, Regionalsekretärin VPOD Bern.